

Kommentar: Um 333 Prozent daneben

Von Peter Schwerdtmann

Gestern durften wir die Deutsche Umwelthilfe (DUH) wieder einmal darauf hinweisen, dass nicht Schummeln der Automobilindustrie zu hohen Verbrauchswerten im Alltagsbetrieb führt. Ein Unterschied zwischen dem auf dem Prüfstand ermittelten Wert für den Kraftstoffverbrauch eines Autos und dem in der Praxis ist - quasi gesetzlich - vorgeschrieben. Eine europäische Norm bestimmt den Wert, nicht der Hersteller. Die DUH bezifferte die Differenz auf 38 Prozent und jammerte der verloren gegangenen Kfz-Steuer hinterher, wohl um den Staat in Stellung zu bringen.

Heute nun reichen die 38 Prozent nicht einmal mehr, um das Dilemma hinreichend zu beschreiben. Es geht um 333 Prozent, die die DUH daneben lag.

Nur einmal angenommen, alle Daten, die die DUH ins Feld führt, seien korrekt – auch die 38 Prozent –, dann entgehen dem Staat bei der Kfz-Steuer rund 1,4 Milliarden Euro. Was für ein Skandal! Oder steckt der Skandal eher in der einäugigen Betrachtung des Problems?

Geht man davon aus, dass die 38 Prozent zu rund einem Liter Mehrverbrauch führen, setzen wir die Jahresfahrleistung bei Benzinern auf 11 000 Kilometer und bei Dieseln auf 20 500 Kilometer, rechnen wir einen Liter Benzin mit 1,30 Euro und den Diesel mit 1,20 Euro, dann bewegen wir uns bei der Rechnung da, wo sich auch die DUH bewegt. Das Ergebnis ist ärgerlich oder amüsant, vielleicht sogar peinlich – ganz in Abhängigkeit von der eigenen Sicht auf die DUH:

Treffen die 38 Prozent als Maß für den Mehrverbrauch zu, dann könnte der Steuerstaat sich hoch zufrieden zurücklehnen. Denn die 1,4 Milliarden Euro Mindereinnahmen aus der Kfz-Steuer würden deutlich überkompensiert durch Mehreinnahmen aus Mineralölsteuer und der noch zu addierenden Mehrwertsteuer. Die liegen dann bei 4,7 Milliarden Euro. Trau, schau wem! (ampnet/Sm)



Peter Schwerdtmann
